



Dr. Stormy-Annika Mildner

Raus aus der Sackgasse: G7 müssen Krisenmanagement neu denken

Oktober 2021

4,7 Millionen Tote weltweit durch COVID-19, das Ahrtal in wenigen Tagen weggespült, ein Tornado fegt über die Kiellinie und nun werden wir laut IPCC-Bericht das 2-Grad-Celsius-Ziel verfehlen. Die Häufigkeit und Intensität der Krisen, die dieses junge Jahrzehnt erlebt hat, ist erschreckend. Und doch betrachten wir diese multikausalen Krisen immer noch als eigenständige Phänomene. Dies muss sich ändern.

Wir sind mit mehreren Krisen gleichzeitig konfrontiert – Gesundheits-, Umwelt-, Wirtschafts-, Migrations- und digitale Krisen. Oft treten sie gleichzeitig auf, verstärken sich gegenseitig oder verursachen noch nie dagewesene neue Bedrohungen. Dabei gehen unsere Bemühungen zur Krisenbewältigung oftmals an den übergreifenden Ursachen vorbei.

Die Ansätze der internationalen Gemeinschaft zur Krisenbewältigung sind in eine Sackgasse geraten. Der bevorstehende G20-Gipfel, die UN-Klimakonferenz und die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) sind eine Chance umzulenken. Die Länder der G7 spielen dabei eine zentrale Rolle. Auf ihrem Gipfel in Cornwall im Sommer 2021 einigten sie sich unter britischem Vorsitz auf einen umfassenden Maßnahmenkatalog. Nach den vergangenen vier angespannten Jahren war dies ein guter Neustart – letztlich passiert aber zu wenig, zu langsam. Beschlüsse auf dem Papier sind wertlos, wenn ihnen keine Taten folgen. Die G7-Länder können die großen globalen Probleme nicht allein meistern. Wenn sie aber nicht mit gutem Beispiel vorangehen, sind die anstehenden Gipfeltreffen zum Scheitern verurteilt.

Der britische G7-Vorsitz hat deswegen eine unabhängige Beratergruppe eingerichtet, das G7 Panel on Economic Resilience. Unter der Leitung des ehemaligen Kabinettsministers und nationalen Sicherheitsberaters Lord Mark Sedwill hat das Gremium mit Vertreter*innen

aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, den USA und der EU den „Cornwall Consensus“ erarbeitet, der Leitlinien für eine neue Wirtschaftspolitik vorschlägt. Das Ziel ist, unsere Gesellschaften krisenfester, resilienter zu machen. Resilienz bedeutet dabei: 1. die Fähigkeit, eine Krise frühzeitig zu erkennen; 2. das Vermögen, schnell auf eine Krise zu reagieren und sich von ihr zu erholen; 3. die Flexibilität, sich an eine Krise anzupassen; 4. die Fähigkeit zur Transformation und damit zur Verringerung der Anfälligkeit für künftige Krisen.

Nun liegen die Empfehlungen der Beratungsgruppe vor. Hier eine Auswahl:

1. Globale Gesundheit:

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die globale Krisenbewältigung trotz bestehender Eindämmungsmaßnahmen und mittlerweile verfügbarer Impfstoffe nicht schnell und effektiv genug funktioniert. Unsere kollektive Fähigkeit, auf globale Gesundheitskrisen zu reagieren, muss gestärkt werden. Koordination, effiziente Risikobewertungstechnologien, Informationsaustausch, die Bekämpfung von Fehlinformationen und solidarische Ansätze wie der Zugang zu Gesundheitstechnologien und auch medizinischer Ausrüstung sind unentbehrlich. Pandemien machen nicht an Grenzen halt; wir können uns keine unilateralen und populistischen Ansätze bei der nächsten Gesundheitskrise leisten. Dies gilt

umso mehr angesichts der zahlreichen Gesundheitsrisiken, vor denen wir stehen, wie beispielsweise Antibiotikaresistenzen.

2. Das Klima:

Der Klimawandel ist wohl die größte Herausforderung für die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaften und Gesellschaften. Wir sind alle vom Klimawandel betroffen; er trifft jedoch die ärmeren Länder besonders stark, da sie nicht über die notwendigen Mittel zur Adaption an den Klimawandel verfügen. Auch hier tragen die G7-Länder eine besondere Verantwortung – zu Hause wie auch international. Forschung und Entwicklung sind wichtige Schlüssel. Nur mit Innovationen wird es uns gelingen, die Kohlenstoffemissionen zu reduzieren und die grüne Transformation inklusiv und zukunftsorientiert zu gestalten. Die G7 sollten daher sehr viel enger bei Forschung und Entwicklung zusammenarbeiten, zum Beispiel, indem sie ein interdisziplinäres Forschungszentrum (Natur- und Sozialwissenschaften) nach dem Vorbild des CERN (Europäische Organisation für Kernforschung) für Klimatechnologie einrichten. Zur grünen Transformation gehört auch der Schutz der biologischen Vielfalt. Hier müssen wir uns gemeinsamen zu höheren Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards verpflichten. Dies ist auch in unserem wirtschaftlichen Interesse.

3. Digitale Governance:

Die Digitalisierung verändert, wie wir arbeiten, produzieren, miteinander kommunizieren und lernen – sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Neue Technologien wie künstliche Intelligenz bieten enormes Potenzial, unsere Gesellschaften krisenfester zu machen. In der Landwirtschaft können sie helfen, den Einsatz von Wasser, Düngemitteln und Pestiziden besser zu steuern und sie so klimafreundlicher zu gestalten. Im Gesundheitsbereich kann ein besserer Informationsaustausch massiv helfen, Pandemien zu bekämpfen; digitale Technologien können aber auch die Diagnose und Behandlung von Krankheiten – auch in abgelegenen Regionen – verbessern. Industrie 4.0 gestaltet die Produktion effizienter, kostensparender und innovativer. Auf der anderen Seite sind wir verwundbarer für Störungen und Cyberangriffe geworden, nicht nur Unternehmen, sondern auch der Staat. Dabei sind nicht nur viele unserer kritischen Infrastruktura-

ren, wie Energie- und Wasserversorgung, grenzübergreifend. Auch Cyberangriffe kennen keine nationalen Grenzen. Rein nationale Ansätze sind daher zum Scheitern verurteilt. Auch hier ist der Schlüssel internationale Kooperation, wie beispielsweise gemeinsame Stresstests, Krisenszenarien und Notfallpläne.

4. Investitionen:

„To build back better“ – dafür ist ein enormer öffentlicher und privater Investitionsschub notwendig. Lord Stern forderte die Staats- und Regierungschefs der G7 im Mai 2021 auf, die jährlichen Investitionen um zwei Prozent des BIP über das Niveau vor der Pandemie hinaus zu erhöhen und bis 2030 jährlich eine Billion Dollar zu investieren. Über die Erholung nach der Pandemie hinaus wird die grüne Transition Finanzierungsvolumina erfordern, die weit über die Kapazitäten einer einzelnen Regierung hinausgehen. In Anbetracht der aktuellen und vorhersehbaren Herausforderungen müssen die G7 die fiskalische Nachhaltigkeit in Angriff nehmen und gleichzeitig sicherstellen, dass Wachstum, Produktivität und soziale Inklusion verbessert werden. Um die notwendigen Ausgaben zu ermöglichen, müssen die G7 die Vereinbarung über eine globale Mindestbesteuerung für multinationale Konzerne und digitale Unternehmen umsetzen und noch intensiver im Kreis der G20 für die Übereinkunft werben.

5. Arbeitsstandards:

Starke Arbeitsgesetze und -normen sind die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft und wirken sich positiv auf Wachstum und Entwicklung aus. Die COVID-19-Pandemie hat jedoch die schwächsten Gruppen am härtesten getroffen. In vielen Ländern ist die Armut sprunghaft angestiegen und auch die Einkommensschere weitet sich wieder. Untersuchungen des IWF, der OECD und anderer internationaler Organisationen zeigen deutlich, dass die Ungleichheit in unseren Gesellschaften den wirtschaftlichen Fortschritt und die Widerstandsfähigkeit untergräbt. Unter anderem sollten die G7 noch mehr in Arbeitnehmer investieren, um diese besser auf das digitale Zeitalter vorzubereiten. Zudem sollten die G7 ihre Gesetze zu nachhaltigen Lieferketten stärker koordinieren.

6. Wirtschaft und Handel:

Der internationale Handel leistet einen erheblichen Beitrag zum weltweiten Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Die WTO spielt dabei eine Schlüsselrolle. Allerdings haben die globalen Handelsregeln nicht mit der Zeit Schritt gehalten. Dienstleistungshandel, digitaler Handel, neue Formen des Protektionismus, wie Exportbeschränkungen und Subventionen durch staatliche Unternehmen – das Regelwerk entspricht nicht mehr den Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Hinzu kommt, dass zahlreiche große Mitgliedstaaten seit Jahren die Organisation untergraben, indem sie sich nicht an bestehende Regeln halten. Dazu gehört nicht nur China. Auch die USA haben der Organisation mit der Blockade der Besetzung des Berufungsgremiums erheblich geschadet. Dabei könnte die WTO einen viel größeren Beitrag zur Lösung der großen globalen Herausforderungen leisten. Die G7 sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Zum Beispiel, indem sie die Verhandlungen über ein Umweltgüterabkommen wiederbeleben, mit dem Ziel, Zölle massiv abzubauen. Gleiches gilt für das WTO-Abkommen über Pharmaprodukte; eine Modernisierung des Abkommens könnte den Handel mit kritischen medizinischen Produkten deutlich erleichtern. Handel ist unabkömmlich für zukunftsfähige Gesellschaften, aber er muss auch inklusiv, offen, regelbasiert und nachhaltig gestaltet werden – dies ist bisher nicht immer der Fall.

7. Sicherheit von Lieferketten:

Einschneidende Schocks wie COVID-19 und die globale Finanzkrise von 2008 haben die Widerstandsfähigkeit unserer Lieferketten erheblich auf die Probe gestellt und chronische Probleme wie Marktmonopole und Abhängigkeiten offengelegt. Geografische Spezialisierung ermöglicht Innovation und Kostensenkung, hat aber auch in einigen Fällen zu Marktkonzentrationen und damit verbundenen Verwundbarkeiten geführt. Dies gilt zum Beispiel für zahlreiche Mineralien und Metalle sowie Halbleiter – beide sind unabkömmlich für die grüne Transition und digitale Revolution. Beispielsweise beziehen die USA 80 Prozent ihrer Importe Seltener Erden (REE) aus China; in der EU sind es 98 Prozent. Marktführer in der Halbleiterproduktion sind Südkorea und Taiwan. Taiwans größter Chiphersteller (TSMC) hält 55 Prozent des Weltmarkts. Die geografische Konzentration des

Halbleiterangebots macht die Lieferkette anfällig für geopolitische Bedrohungen und Umweltrisiken. Auch hier ist die Antwort internationale Kooperation. Die G7 sollten sich stärker über Nadelöhre in ihren Lieferketten informieren, gemeinsam Stresstests durchführen und Krisenpläne entwerfen. Empfehlenswert wären darüber hinaus Investitionen in gemeinsame Forschungsaktivitäten sowie Entwicklung von Standards, um die Kreislaufwirtschaft gerade bei kritischen Mineralien und Metallen zu fördern.

Die Staatengemeinschaft ist nicht gut im gemeinsamen Krisenmanagement. Die COVID-19 Pandemie hat gezeigt – und zeigt immer noch – wie schwierig internationale Kooperation geworden ist. Es fehlt an Vertrauen und Verständnis, Solidarität und Kompromisswillen. Wie wollen wir künftige Naturkatastrophen, Pandemien, Cyberangriffe und Unterbrechungen von Versorgungsketten verhindern, wenn wir uns nicht für die Bekämpfung ihrer Ursachen einsetzen?

Der „Cornwall Consensus“ ist der Wegweiser für die Gestaltung einer nachhaltigeren und sicheren Zukunft. Er sieht eine entscheidende Rolle für die Regierungen bei der Gestaltung einer widerstandsfähigeren, nachhaltigeren und inklusiveren Wirtschaft, und zwar in Partnerschaft mit dem Privatsektor.

Er basiert auf fünf Prinzipien:

- **Solidarität:** Reform der globalen wirtschaftspolitischen Steuerung, um das Gemeinwohl stärker zu fördern; Sicherstellung, dass nationale Wirtschaftspolitiken nicht nur die Interessen der anderen respektieren, sondern auch gemeinsame Ziele vorantreiben; kollektivere Reaktion auf globale Gesundheits- und Umweltzwänge, Wirtschaftskrisen und Marktverzerrungen.
- **Besseres Risikomanagement:** Schaffung kollektiver Mechanismen zur Überwachung, Bewertung und Investition in die Bewältigung aufkommender Umwelt- und Gesundheitsrisiken sowie sozioökonomischer und geopolitischer Risiken.
- **Nachhaltige und zielgerichtete Versorgung:** Zusammenarbeit mit Unternehmen, um offene, innovationsfreundliche Marktsysteme zu entwickeln, die gegen Störungen in kritischen Sektoren resilient sind.

- **Bessere Regierungsführung:** Förderung gemeinsamer globaler Standards, Regeln und Normen, die mit unseren demokratischen Werten übereinstimmen, die globale Nachhaltigkeit und öffentliche Gesundheit fördern sowie Arbeitsnormen aufrechterhalten.
- **Inklusion:** Beschleunigung von Investitionen in die SDGs, Förderung der digitalen Inklusion, Beseitigung von Steuerhinterziehung und Erleichterung des uneingeschränkten Zugangs der Entwicklungs-

länder zu den globalen Märkten; neben nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheit und zur Unterstützung traditionell unterrepräsentierter Gruppen wie Frauen und Minderheiten.

Die G7 sollte ihrer Verantwortung noch stärker gerecht werden und so den Weg zum G20 Gipfel, COP-26 sowie der WTO-Ministerkonferenz ebnen. Es ist Zeit für kollektives Handeln, mutige politische Maßnahmen und neue Formen öffentlich-privater Partnerschaften.

Über das G7 Economic Resilience Panel

Das G7 Economic Resilience Panel wurde Anfang 2021 vom britischen Vorsitz der G7 ins Leben gerufen. Unter der Leitung des ehemaligen Kabinettsministers und nationalen Sicherheitsberaters Lord Mark Sedwill hat das Gremium mit Vertreter*innen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, den USA und der EU den „Cornwall Consensus“ erarbeitet, der Leitlinien für eine Umstrukturierung von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen vorschlägt.

Die Mitglieder des Panels sind:

- **Canada:** *Carolyn Wilkins*, former Senior Deputy Governor of the Bank of Canada.
- **France:** *Professor Thomas Philippon*, Economist and Professor of Finance at New York University's Stern School of Business; Economic Adviser to Emmanuel Macron.
- **Germany:** *Dr Stormy-Annika Mildner*, Executive Director of the Aspen Institute in

Berlin, Adjunct Lecturer Hertie School, and former Head of Department for External Economic Policy at the Federation of German Industries.

- **Italy:** *Professor Mariana Mazzucato*, Special Economic Adviser to the Italian Prime Minister (2020), and founding director of the UCL Institute for Innovation and Public Purpose at University College London.
- **Japan:** *Professor Nobukatsu Kanehara* of Doshisha University, Tokyo; former Assistant Chief Cabinet Secretary to Prime Minister Shinzo Abe.
- **USA:** *Dr Felicia Wong*, President and CEO of the Roosevelt Institute.
- **EU:** *Thomas Wieser*, the former President of the Euro Working Group and the European Financial Committee.

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht der Autorin dar. Die Autorin spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihr assoziierten Institution.

Ein Dank gilt Marlies Murray, Studentische Hilfskraft des Aspen Institutes, für ihre Unterstützung in der Erstellung des Textes.

Herausgeberschaft: Aspen Institute Deutschland e.V.
ISSN: 2749-0270

Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner, Emilie Schreier

Design & Layout: Michaela Zintl



Über die Autorin

Im Januar 2021 wurde **Dr. Stormy-Annika Mildner** Direktorin des Aspen Institute Deutschland in Berlin. In diesem Jahr vertritt sie Deutschland im G7 Economic Resilience Panel.

Über diese Reihe

Mit dem Kurzdossier *Spot On* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten AutorInnen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.